



## Lieber Leserin, lieber Leser,

Enzo Weber vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung stellte fest: „Wir haben noch nie einen solchen Schock auf dem Arbeitsmarkt gesehen seit dem Zweiten Weltkrieg.“ Recht hat er. Einige der nun nötigen Maßnahmen sind eine demokratische Zumutung. Ich finde diese Einschränkungen unter diesen Umständen richtig, bis wir Medikamente und einen Impfstoff haben. Es ist gelungen, die Ausbreitung von Corona zu bremsen. Leider können wir die Beschränkungen nur in kleinen Schritten lockern, weil wir die Erfolge nicht gefährden dürfen.

Die Bundesregierung hat sofort sehr viel Geld in die Hand genommen, um die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen zu mildern. Olaf Scholz verglich den ersten großen Rettungsschirm mit dem Herausholen einer Bazooka. Nun müssen wir unsere Entscheidungen wirken lassen und nachsteuern, wo es notwendig ist. Es ist gut, dass das Kurzarbeitergeld verlängert und erhöht, das Arbeitslosengeld I länger bezahlt und die Gastronomie entlastet wird. Studierende dürfen nicht mit einem Darlehen abgespeist werden, wie Ministerin Karliczek das vorhat. Das BAföG muss für alle geöffnet werden und auch die 1,3 Mio. Auszubildenden brauchen mehr Unterstützung.

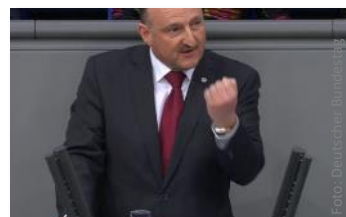
Die SPD ist derzeit einig wie lange nicht. Minister\*innen, Bundestagsfraktion und Parteiführung ziehen an einem Strang. Das ist gut so.

In Gedanken und digital beim DGB sind wir am 1. Mai miteinander verbunden. Solidarität ist das neue Zauberwort.

Alles Gute, bleiben Sie gesund und gute Gedanken beim Lesen.

Ihr *Bernd Rützel*

## AUS DEM INHALT



### S. 2: Meine Rede

... zum Thema Kurzarbeit  
in Corona-Zeiten



### S. 7: Erste Lockerungen

... für Unternehmen  
& Hygiene-Infos aus der  
Apotheke

**Anschauen: DGB-Livestream  
am 1. Mai ab 11 Uhr:**

**SOLIDARISCH 1. MAI 2020  
IST MAN NICHT ALLEINE!**

**DGB**

Wahlkreisbüro Gemünden: Obortorstr. 13, 97737 Gemünden | Tel. 09351 6036563, Fax 09351 6058298 | [bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de)

Büro Berlin: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin | Tel. 030 227 73434, Fax 030 227 76433 | [bernd.ruetzel@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel@bundestag.de)

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB | Obortorstr. 13, 97737 Gemünden | [www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

05 | 2020



Foto: pixaba

## KLARTEXT

### NEUE NORMALITÄT

Bund und Länder haben viele Maßnahmen getroffen, um Menschen und Unternehmen vor den Auswirkungen der Corona-Pandemie zu schützen. Dafür haben wir viel Zustimmung erhalten. Es gibt aber auch Kritik - und ich kann das verstehen. Unsere Welt ist eine andere und keiner weiß, wann und ob sie wieder die alte sein wird. Manche Maßnahmen schränken Freiheitsrechte ein und müssen deshalb besonders streng hinterfragt werden. Sie müssen außerdem wieder aufgehoben werden und zwar, sobald es geht. Überwiegend ist die Wissenschaft allerdings der Meinung, dass Einschränkungen weiter erforderlich sind. Mir ist diese Einschätzung wichtig, ich prüfe aber auch abweichende Auffassungen.

Die Ansteckungsraten in Unterfranken steigen wieder stärker. Die Erfolge der vergangenen Wochen stehen auf dem Spiel. Mir ist das eine Warnung. Der „Lockdown“ war hart, aber was wird, wenn wir hochfahren und dann wieder bremsen müssen? Das halte ich für unverantwortbar. Deutschland steht trotz allem gut da. Wir haben Reserven schaffen können, die jetzt viel ermöglichen. Dennoch bleibt eine Unsicherheit, wie wir sie bislang kaum gekannt haben. Niemand in Wissenschaft, Wirtschaft oder Politik kann die Entwicklung der nächsten Zeit mit Sicherheit vorhersehen - eine solche Situation gab es noch nicht. Wir müssen sie ständig neu bewerten, auch Fehleinschätzungen riskieren - und korrigieren! Lieber zu viel tun als zu wenig und dabei den Tod von vielen Menschen in Kauf nehmen!

Alle Maßnahmen orientieren sich am aktuellen Stand und werden ständig angepasst. Erst wenn es wirksame Therapien und/oder einen Impfstoff gibt, haben wir es überstanden. Wann das sein wird, ist offen. Wir werden womöglich noch mehrere Jahre mit dem Virus leben und uns auf eine neue Normalität einrichten müssen.

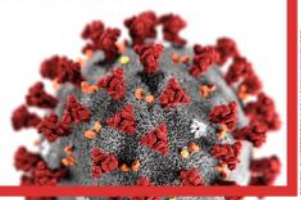
### KURZARBEIT: MEINE REDE IM BUNDESTAG

Wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie bricht weltweit der Arbeitsmarkt ein. In die USA haben in vier Wochen 22 Millionen Menschen ihre Jobs verloren. In Großbritannien hat sich die Zahl der Sozialleistungsempfänger versiebenfacht. In Österreich ist die Arbeitslosigkeit auf dem höchsten Stand seit 1946. Da bin ich dankbar, dass die Situation in Deutschland weniger dramatisch ist und auch der Arbeitsmarkt nicht ins Bodenlose fallen wird. Das liegt auch an unserem starken Sozialstaat.

Ich bin sehr froh, dass wir mit dem Kurzarbeitergeld ein erprobtes Instrument haben, das nun die heftigsten Auswirkungen der Pandemie auf das Wirtschaftsleben abfedert. Wenn in einem Betrieb ohne eigenes Verschulden ein erheblicher Einbruch passiert, kann die Arbeitszeit der Beschäftigten verringert werden. Die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten bei Kurzarbeit weniger oder überhaupt nicht. Um den Verdienstaufschlag auszugleichen, erhalten die Beschäftigten eine Ersatzleistung aus der Arbeitslosenversicherung, das Kurzarbeitergeld. Wird gar nicht mehr gearbeitet, liegt das Kurzarbeitergeld bislang bei kinderlosen Beschäftigten bei 60 Prozent und bei Beschäftigten mit Kindern bei 67 Prozent. In einige Branchen gibt es Tarifverträge, die regeln, dass das Kurzarbeitergeld auf bis zu 100 Prozent des Netto-Lohns aufgestockt wird. Zuständig für das Kurzarbeitergeld ist in Deutschland die Bundesagentur für Arbeit, die gerade einen großartigen Job macht. Das dringendste Ziel von Kurzarbeit ist die Vermeidung von Kündigungen und Arbeitslosigkeit. >>>

**Der beste Impfstoff  
ist **Zusammenhalt!****

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag



BRUNNEN: SHUTTERSTOCK.COM/PIKASANTINO



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

05 | 2020



Foto: pixabay

Letzte Woche teilte die BA mit, dass die Zahl der Betriebe in Deutschland, die Kurzarbeit angemeldet haben, auf 725.000 gestiegen ist. Das sind enorme Zahlen, die es in dieser Höhe noch nie gab. Deshalb beobachten wir die Lage ganz genau und reagieren schnell auf Probleme, die bei der Auszahlung auftauchen.

Seit wir am 13. März die Regelungen für das Kurzarbeitergeld im Eilverfahren erleichtert haben, wurden mehrfach Probleme ausgeräumt wie die Sperrfrist für Betriebe, die bereits länger in Kurzarbeit sind und die Anrechnung von Hinzuverdiensten bei Beschäftigten in Kurzarbeit. Dazu können Sie in meinem Newsletter an anderer Stelle mehr lesen.

Jetzt haben die Koalitionsspitzen vereinbart, das Kurzarbeitergeld zu erhöhen, um vor allem für Geringverdienende Einkommensverluste auszugleichen. Die Anhebung soll gestaffelt erfolgen. Für diejenigen, die Kurzarbeitergeld für eine um mindestens 50 Prozent reduzierte Arbeitszeit beziehen, soll es ab dem 4. Monat des Bezugs auf 70 % beziehungsweise 77 % für Haushalte mit Kindern und ab dem 7. Monat des Bezuges auf 80 % beziehungsweise 87 % für Haushalte mit Kindern steigen. Denn je länger die Kurzarbeit dauert, umso schwieriger ist es, die Gehaltseinbußen aufzufangen.

Gestern habe ich im Bundestag zur Kurzarbeit gesprochen. Dabei habe ich darauf hingewiesen, dass wir in dieser Krise immer wieder nachsteuern müssen. Unser Ziel ist es, die Beschäftigten vor Arbeitslosigkeit zu schützen und deren Arbeitsplätze zu erhalten. Dann können die Betriebe auch schnell wieder hochfahren, sobald das möglich ist. Meine Plenarrede können Sie sich hier anschauen, einfach auf's Foto klicken:



## LOB FÜR DEUTSCHES KRISENMANAGEMENT

Bisher kommt Deutschland besser durch die Corona-Krise als viele andere Länder. Laut Ranking der Londoner Deep Knowledge Group sind wir das sicherste Land in Europa, weltweit auf Platz 2. Ohne die große Disziplin der Bevölkerung, ohne den Einsatz der Beschäftigten in den systemrelevanten Berufen und ohne die Hilfsbereitschaft vieler Menschen stünden wir nicht so gut da. Vielen Dank!

Klar ist aber auch: Wir müssen weiter durchhalten, wenn wir diesen Zwischenerfolg nicht wieder verspielen wollen. Haltet bitte weiter Abstand, nutzt (wenn möglich) in der Öffentlichkeit einen Mundschutz und verlasst Eure Wohnungen nur, wenn nötig.

Gemeinsam überstehen wir die Krise!

Bitte weitersagen.

**Corona - und was die Politik tut:**  
tagesaktuell auf  
**[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)**

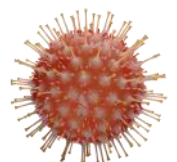


Foto: diana\_kuehn30010, pixabay

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

05 | 2020



## HINZUVERDIENST IN DER KURZARBEIT

Das bereits vom Deutschen Bundestag beschlossene Sozialschutz-Paket ermöglicht es Bezieher\*innen von Kurzarbeitergeld, in systemrelevanten Bereichen auszuweichen und dabei mehr vom Hinzuverdienst zu behalten. Diese Regelung wird nun ausgeweitet.

Bestimmte Branchen und Berufe sind in der Krise für das öffentliche Leben, die Sicherheit und die Versorgung der Menschen unabdingbar. Hierzu gehören insbesondere das Gesundheitswesen mit Krankenhäusern und Apotheken, aber auch die Landwirtschaft und die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln. Es muss sichergestellt sein, dass ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Bereits am 25. März hat der Bundestag daher im Eilverfahren beschlossen, dass vorübergehend auf die vollständige Anrechnung des Entgelts aus einer solchen, während Kurzarbeit aufgenommenen Beschäftigung verzichtet wird. Das weiten wir nun aus: Galt bisher, dass auf Anrechnung bis zur Höhe des ursprünglichen Gehalts verzichtet wird, regeln wir nun, dass Beschäftigte in Kurzarbeit den gesamten Hinzuverdienst behalten können – unabhängig von ihrer Lohnhöhe, bevor sie in Kurzarbeit gehen mussten.

Damit verbessern wir die Einkommenssituation von Beschäftigten in Kurzarbeit – und erhöhen gleichzeitig den Anreiz für sie, auf freiwilliger Basis vorübergehend Tätigkeiten in systemrelevanten Bereichen aufzunehmen.

## LÖSUNG FÜR BETRIEBE IN KURZARBEIT

Bisher konnten Betriebe, die bereits 2019 aufgrund anderer Störungen des Arbeitsmarkts bis zur Höchstdauer in Kurzarbeit waren, nicht direkt die Neuregelungen zur Kurzarbeit durch die Corona-Pandemie nutzen. Dieses Problem löst nun eine Verordnung aus dem Bundesarbeitsministerium.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat Mitte April eine Verordnung unterschrieben, die es Betrieben ermöglicht, direkt ohne Sperrfrist erneut Kurzarbeit wegen der Pandemie anzuzeigen. Mit der Verordnung wird die gesetzliche Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld von zwölf Monaten auf bis zu 21 Monate für die Betriebe verlängert, die bereits im Jahr 2019 in Kurzarbeit gegangen sind und wegen der jetzt eingetretenen Corona-Krise die Kurzarbeit nicht innerhalb der Bezugsdauer von einem Jahr beenden können – oder kurzfristig wieder Kurzarbeit beantragen müssen.

Das rettet Betriebe, die sich in den vergangenen 12 Monaten dank Kurzarbeit von Schwierigkeiten, beispielsweise wegen des Brexits, erholen konnten, danach vielleicht sogar schon wieder angelaufen sind, nun aber wegen der Corona-Krise erneut Kurzarbeit beantragen müssen.

Auch eine direkte Verlängerung der Kurzarbeit, ohne dazwischenliegende Zeiten des Normalbetriebs, ist damit möglich. Davon profitieren auch Betriebe bei uns in der Region. Die Verordnung gilt rückwirkend zum 31.01.2020. Die Verlängerung der Bezugsdauer soll längstens bis zum 31.12.2020 gelten. Im Herbst prüfen wir dann erneut, ob weiterer Regelungsbedarf besteht.

**Kurzarbeitergeld erhöht.**  
**Arbeitslosengeld verlängert.**

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

05 | 2020



Foto: pixaba

## ANPASSUNGEN BEIM ELTERNGELD: MEHR PLANUNGSSICHERHEIT FÜR FAMILIEN

Wir als SPD-Bundestagsfraktion haben uns mit CDU/CSU und Bundesfamilienministerin Franziska Giffey auf kurzfristige Anpassungen beim Elterngeld verständigt. So wird sichergestellt, dass Eltern und werdenden Eltern aufgrund der Corona-Pandemie keine Nachteile bei der Leistung entstehen.

Wegen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie müssen gerade Familien ihren Alltag neugestalten. Hinzu kommen häufig finanzielle Sorgen und Unsicherheiten. Nicht alle Eltern erfüllen aktuell die geltenden Voraussetzungen für den Bezug von Elterngeld. Diese Eltern lassen wir mit ihren Sorgen nicht allein. Mit kurzfristigen Anpassungen des Elterngeldes schaffen wir Sicherheit und Planbarkeit. Vorgesehen ist, dass Einkommensverluste, die auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sind, keine finanziellen Nachteile beim Elterngeld bedeuten. Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld I, das aufgrund der aktuellen Situation gezahlt wird, soll bei der Berechnung des Elterngeldes ausgeklammert werden.

Eltern, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, können ihre Partnermonate auch zu einem späteren Zeitpunkt in Anspruch zu nehmen. So können etwa Pflegekräfte oder Polizist\*innen in ihren Job zurückkehren und das Elterngeld zu einem späteren Zeitpunkt beziehen. Mütter und Väter, die in Teilzeit arbeiten und sich die Kinderbetreuung teilen, können im Rahmen des Elterngeldes den sogenannten Partnerschaftsbonus erhalten. Sofern sie aufgrund der aktuellen Situation weniger oder mehr arbeiten, soll der Anspruch auf diese Leistung weiter bestehen bleiben.

Mit diesen kurzfristigen Anpassungen wollen wir sicherstellen, dass Eltern und werdende Eltern sich auf die Familienleistung Elterngeld verlassen können. Damit nehmen wir Eltern zumindest an dieser Stelle ihre Sorgen.

## BONUS-TARIFVERTRAG FÜR PFLEGEKRÄFTE MUSS FÜR ALLE GELTEN

Der von der Bundesvereinigung Arbeitgeber in der Pflegebranche (BVAP) und ver.di ausgehandelte Tarifvertrag über einen einmaligen Bonus für Pflegekräfte muss für allgemeinverbindlich erklärt werden. Nur so kommt die Zahlung allen Beschäftigten zu Gute.

Es ist ein wichtiges Zeichen in einer schweren Zeit: Ver.di und der BVAP haben einen tarifvertraglichen Bonus von 1500 Euro ausgehandelt. Es ist sehr erfreulich, dass die Sozialpartner die Ankündigung von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, solch einen Bonus in diesem Jahr steuerfrei zu stellen, so schnell aufgegriffen haben. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil prüft, ob der Tarifvertrag als allgemeinverbindlich erklärt werden kann.

Diesem Weg sollten sich auch die privaten Pflegeanbieter nicht verschließen. Spätestens in der aktuellen Situation sollte klar sein, dass den warmen Worten auch

**Pflegetelefon**

**030 20 179 131**

**Mo – Do 09:00 – 18:00 Uhr**

**Bundesweit**

**Anonym**

**Für pflegende Angehörige**

bmf.sj.de

Pflegende Angehörige stehen im Moment vor großen Herausforderungen. Wenn jetzt auch noch Home Office und Kinderbetreuung dazukommen, ist man schnell am Ende seiner Kräfte. Hier hilft das Pflegetelefon, das Bundesfamilienministerin Franziska Giffey eingerichtet hat!



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

05 | 2020



Foto: pixaba

Taten folgen müssen. Jetzt zeigt sich die soziale Verantwortung der Arbeitgeber. Klar ist aber, dass Bundesgesundheitsminister Jens Spahn die Refinanzierung schnell sicherstellen muss. Das erwarten die Menschen jetzt!

Mittelfristig brauchen wir aber einen Tarifvertrag für gute Arbeitsbedingungen und Löhne in der Pflege. Nur so werden sich junge Menschen neu für den Beruf entscheiden, Teilzeitkräfte aufstocken und Ausgestiegene zurückkehren. Wir brauchen mehr Personal, um den Herausforderungen in der Pflege begegnen zu können.

## KEINE DIÄTEN-ERHÖHUNG + KEINE BONI BEI RETTUNGSSCHIRM-FIRMEN

In der Krise ist Solidarität gefragt! Deshalb wollen wir als SPD-Bundestagsfraktion die Diäten der Abgeordneten nicht erhöhen. Im Moment besprechen wir das noch mit den anderen Fraktionen.

Für uns ist auch klar, dass Vorstände von Unternehmen, die staatliche Hilfen in Anspruch nehmen, während dieser Zeit keine Boni erhalten. Es geht auch nicht, dass diese Unternehmen Dividenden an ihre Aktionär\*innen ausschütten. Wer unter einem staatlichen Rettungsschirm steckt, muss sich auch entsprechend verhalten!

›Klar ist, dass **Vorstände** von Unternehmen, die **staatliche Hilfen** in Anspruch nehmen, während dieser Zeit **keine Boni** erhalten.‹

— Rolf Mützenich

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

FOTO: PHOTOTHEK

## ARBEIT-VON-MORGEN-GESETZ

Auch wenn die Corona-Pandemie uns aktuell zu allererst beschäftigt - wir arbeiten auch jetzt für eine gute Arbeitswelt von morgen, um gerüstet zu sein für das, was nach Corona noch kommt: Mit dem Arbeit-von-morgen-Gesetz rüsten wir unsere Arbeitswelt für die Zukunft. Digitalisierung und Klimaschutz bringen große Herausforderungen. Hier müssen wir auf der Höhe der Zeit sein, um den Strukturwandel zu begleiten und zu nutzen. Arbeitnehmer\*innen sollen gestärkt daraus hervorgehen. Mit besserer Förderung von Weiterbildung wollen wir schaffen, dass die Beschäftigten von heute auch die Arbeit von morgen machen können.

Sich immer wieder Neues anzueignen, ist der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit und sozialen Abstieg. Wir brauchen daher zusätzliche Anreize und Unterstützung für Qualifizierung von Beschäftigten. Mit dem Arbeit-von-morgen-Gesetz richten wir unsere Arbeitsmarkt-Instrumente klar auf ein Ziel aus: Beschäftigung und Sicherheit für alle.

Wir nehmen daher den Faden des Qualifizierungschangengesetzes auf und verbessern die Fördermöglichkeiten weiter. Die Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit zu Lehrgangskosten und Arbeitsentgelt werden unabhängig von der Betriebsgröße erhöht, die Antragsstellung wird für Beschäftigte und Betriebe einfacher, das Zertifizierungsverfahren und die Kostensätze werden angepasst und wir schaffen zusätzliche Anreize für Weiterbildung während der Kurzarbeit.

Die Arbeitswelt ändert sich, die SPD sorgt dafür, dass dabei alle eine Perspektive haben und niemand auf der Strecke bleibt. Wir kümmern uns heute um morgen, damit aus technischem Fortschritt auch sozialer Fortschritt wird.

**Online immer aktuell informiert:**

**[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)**

**[www.facebook.com/  
BerndRuetzelMdB](https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)**

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

05 | 2020

Foto: Bernd Rützel

## BUND UNTERSTÜTZT INTEGRATIONS- PROJEKTE FÜR GEFLÜCHTETE IN MSP UND WÜ

Auch heute noch ist die Integration der Geflüchteten eine wichtige Aufgabe für unsere Gesellschaft. Viele Menschen haben sich damals engagiert – viele tun es auch heute noch: Integration ist eine Langzeit-Aufgabe. Deshalb ist es gut, dass der Bund Projekte in diesem Bereich auch in diesen schwierigen Zeiten unterstützt – ein Beispiel dafür, dass Politik das eine tun kann, damit meine ich die Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Folgen, ohne das andere zu lassen!

In Lohr haben die Malteser einen Begegnungstreff für Kinder und junge Mütter organisiert, der im laufenden und im kommenden Jahr mit fast 31.000 Euro aus Mitteln des Bundes unterstützt wird, ebenso viel gibt es für den Begegnungstreff der Malteser für Frauen und Menschen ab 50 in Würzburg. Orientierung durch Sport“ ist ein Projekt der Deutschen Sportjugend, in dessen Rahmen der TSV 1884 Karlstadt das Unterprojekt „Karlstadt ist bunt“ ins Leben gerufen hat. Hierfür stellt der Bund 2020/2021 17.500 Euro zur Verfügung.

## MEINE STIPPVISITEN NACH ERSTEN CORONA-LOCKERUNGEN (I): APOTHEKE

Neben Ärzten, Pflegern und Krankenhausangestellten kommt es auf sie in Sachen Gesundheit und in der aktuellen Corona-Lage besonders an: Die Beschäftigten in den Apotheken. Sie sind nicht nur häufig die ersten Ansprechpartner bei Erkrankungen, sondern auch diejenigen die die wohnortnahe Arzneimittelversorgung gewährleisten und Desinfektionsmittel sowie Atemschutzmasken und Einweg-Mundschutz vorhalten. Ihnen allen gilt mein Dank, den ich im Infogespräch stellvertretend an Dr. Martin Maisch von der Stadt-Apotheke in Gemünden aussprach. Gerade die Versorgungslage mit Schutzmaterialien, wie Masken, Kittel und Handschuhen war zuletzt stark in der Kritik. Auch in der Gemündener Apotheke gebe es immer noch regelmäßig Engpässe bestätigte der Apotheker. Aktuell biete er Filtermasken vom Typ FFP 2, die für den Selbstschutz geeignet sind. Einig waren wir uns sowohl mit Blick auf einen längerfristigen Aufbau eigener Kapazitäten für die ausreichende Versorgung mit Schutzmaterialien wie auch einer Preisbindung für diese.



Foto: Büro Bernd Rützel



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

05 | 2020

Foto: Bernd Rützel

## MEINE STIPPVISITEN NACH ERSTEN CORONA-LOCKERUNGEN (II): GÄRTNEREI

Ein voller Parkplatz und reges Treiben herrschte am Montagmorgen rund um die Gärtnerei Blumen-Többe in Gemünden. Vor Ort machte ich mir ein Bild vom Ablauf der Wiedereröffnung nach den ersten Lockerungen in der Corona-Krise. Im Gespräch mit den Inhabern Sabine Többe-Trabold und Gerhard Trabold informierte ich mich zudem über die Zeit der Gärtnerei während des Corona-Betriebsverbotes.

Ich bin froh, dass die Corona-Maßnahmen gelockert worden sind und hoffe zugleich, dass sich die Menschen an die bekannten und neuen Regeln halten werden. Bei Blumen-Többe dürfen sich beispielsweise aktuell drei Personen im Laden und 15 Personen im Außenbereich aufhalten und dort nun auch wieder Blumen, Büsche und sonstigen Gartenbedarf erwerben. Von einem völlig veränderten und teilweise sehr umständlichen Betriebsablauf berichteten die beiden Ladenbesitzer: Per Telefon, E-Mail, Facebook und Instagram wurden Obst, Gemüse und Setzlinge geordert. Insgesamt hat die Gärtnerei mit Lieferservice und Abholung von Bestellungen 20 Prozent ihres Umsatzes aufrechterhalten können.

Zwei Wochen kompletter Ladenschluss und weitere zwei Wochen eingeschränkter Verkauf gehen an niemandem spurlos vorüber. Zumal die Schließung mitten in die Hochsaison der Gärtnereien gefallen war, denn

Frühjahr ist Pflanzzeit. Deshalb hat die SPD-Fraktion im bayerischen Landtag schon vor drei Wochen darauf gedrungen, die Vermarktung von Jungpflanzen durch Gärtnereien wieder zu erlauben. Eine Woche später ist der Verkauf von Setzlingen und Waren, die der Lebensmittelversorgung dienen, wie Obst und Gemüse, dann auch wieder erlaubt worden. Zierpflanzen, insbesondere Frühjahrsblüher, landeten hingegen auch bei Blumen-Többe vermehrt auf dem Kompost.

Für die neun Mitarbeiter, davon zwei Azubis, wurde direkt zu Beginn der Betriebsuntersagung Kurzarbeit angemeldet. Durch eine anstehende Dachsanierung hat die Inhabersfamilie zudem schon seit einiger Zeit Rücklagen gebildet, die nun in der Krise genutzt wurden. Als Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages bin ich mit dem Kurzarbeitergeld und der Hilfe für Unternehmen vertraut und wies noch einmal auf die staatlichen Hilfen für Unternehmen bis zehn Mitarbeiter hin, die sich auf je 5.000 Euro für drei Monate belaufen. Die Mitarbeiter können zudem aufgrund der Kurzarbeit für die Zeit der Corona-Krise beim Jobcenter in Karlstadt ergänzende Grundsicherung beantragen, gab ich den Gärtnereibesitzern mit auf den Weg. Ich hoffe, dass sich die Lockerung der Corona-Maßnahmen bewährt und dass unsere Betriebe und Unternehmen schnell wieder auf die Beine kommen. Selbstverständlich wünsche ich allen Betroffenen dafür viel Glück und Erfolg.



Foto: Büro Bernd Rützel



# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

05 | 2020

## Martina Fehlner



Abgeordnete für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,  
Main-Spessart und Miltenberg

Sprecherin für Tourismus-, Forst- und  
Medienpolitik der SPD-Landtagsfraktion

### „RETTUNGSSCHIRM“ FÜR HOTELLERIE UND GASTRONOMIE

Liebe Leserinnen und Leser,

das Gastgewerbe zählt ohne Zweifel zu den Branchen, die von der Corona-Krise am härtesten betroffen sind. Für uns als BayernSPD-Landtagsfraktion stehen die Gastronomie- und Hotellerie-Betriebe als Sinnbild für die in aller Welt bekannte bayerische Gastlichkeit. Biergärten, traditionelle Wirtshäuser und familiäre Gasthöfe prägen das internationale, weltoffene Image entscheidend mit. Wir bekennen uns solidarisch mit einer Branche, die täglich Großes zum Wohle der Gäste leistet. Es darf nicht sein, dass die Corona-Krise nun eine Insolvenzwellen auslöst und Existenzen aufs Spiel setzt.

Drei Maßnahmen halten wir derzeit für dringend geboten, um dem Gastgewerbe dringend nötige Perspektiven zu geben:

Erstens: Wir fordern einen bayerischen Rettungsschirm für die Gastronomie. Dieser sollte als nicht rückzahlbarer Zuschuss für in Not geratene Betriebe ausgestaltet werden. Die Höhe der Zuschüsse könnte sich an den jeweiligen Netto-Umsätzen in den Vergleichsmonaten des Jahres 2019 orientieren.

Zweitens brauchen Betriebe nun Sicherheit und Klarheit, was die Termine und Modalitäten für die Wiederöffnungen angeht. Wir sprechen uns daher für eine Öffnung von Gaststätten mit weniger als hundert Plätzen bereits ab dem 3. Mai aus. Wir sind überzeugt: Auch in Gaststätten lassen sich Sicherheitsmaßnahmen umsetzen, um ein Ansteckungsrisiko zu minimieren. So sollten Tische mit maximal zwei Personen besetzt und

so angeordnet werden, dass ein Abstand von zwei Metern zum Nebentisch gewährleistet ist. Service- und Küchenpersonal sollen zum Tragen von Mundschutz verpflichtet werden. Auf Veranstaltungen mit mehr als 20 Personen soll weiterhin verzichtet werden. Wir wissen, dass die Tourismusbranche einen gewissen Vorlauf benötigt, um wieder anspringen zu können: Hoteliers müssen daher schnell in die Lage versetzt werden, Urlaubern Antworten auf Buchungsanfragen geben zu können. Wir sind zudem überzeugt, dass das touristische Übernachtungsverbot bereits gelockert werden könnte – etwa im Bereich der Ferienhausvermietung.



Martina Fehlner im Gespräch mit Nadine Gala und Florian Löffler vom Hotel „Zum Goldenen Ochsen“ in Aschaffenburg.

Nicht zuletzt halten wir in Bayern die Senkung des Mehrwertsteuersatzes von 19 auf 7 Prozent für eine gute Möglichkeit ist, um der Gastronomie bessere Überlebenschancen für die Zeit nach der Krise zu eröffnen. Im Bereich der Hotellerie hat die damals umstrittene Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes zudem einen Investitionsschub ausgelöst und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geführt.

Die SPD-Fraktion steht fest an der Seite der bayerischen Gastronomen und Hoteliers. Mit entsprechenden Initiativen werden wir diese Branchen im weiteren Prozess begleiten und hoffen natürlich alle gemeinsam, dass alle Schutzmaßnahmen greifen.

Ihre Martina Fehlner

**Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL**

Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg

Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604

[buero@martina-fehlner.de](mailto:buero@martina-fehlner.de)

# NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

05 | 2020

## Volkmar Halbleib



Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt, Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen und Rhön-Grabfeld

### SOZIALEN UND KULTURELLEN BEREICH NICHT VERNACHLÄSSIGEN!

Liebe Leser\*innen,

viele Vorschläge und Forderungen der SPD-Fraktion zur Corona-Krise hat die Staatsregierung auch umgesetzt. Dies wurde in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Söder am 20. April deutlich. So kündigte er beispielsweise an, die Kitagebühren auszusetzen, Kulturschaffende zu unterstützen und die Sportpauschale zu verdoppeln. All diese Vorschläge gehen direkt auf Initiativen der SPD-Fraktion zurück. Außerdem sollen Kommunen besser unterstützt werden; auch dazu hat die SPD diverse Anregungen und Hinweise gegeben.

Ich nehme das mit Genugtuung zur Kenntnis. Noch besser wäre natürlich gewesen, der Ministerpräsident hätte all diese Nachbesserungen nicht als seine eigenen Ideen verkauft, sondern das Urheberrecht der SPD anerkannt. Aber hier geht es nicht um Eitelkeiten. Die Hauptsache ist, dass die Hilfen kommen und ankommen! Deshalb verspreche ich eines: Meine Fraktion und ich werden nach wie vor sehr genau darauf schauen, ob, wie und wann alles umgesetzt wird.

Die Erstattung der Kitagebühren beispielsweise war überfällig. Es kann nicht sein, dass Eltern für Leistungen bezahlen müssen, die aufgrund einer Anordnung des Staates nicht erbracht wurden. Natürlich muss die Staatsregierung dabei die Träger im Blick haben und den Gebührenausschlag ersetzen.

Als kulturpolitischer Sprecher meiner Fraktion Sorge ich mich besonders um die Kulturschaffenden. Gerade weil

Kultur systemrelevant ist, dürfen in Corona-Zeiten Künstler\*innen nicht im Stich gelassen werden. Es war daher dringend geboten, dass die Staatsregierung nach langen Wochen des Schweigens und Hinhaltens reagierte und unseren Vorschlag übernahm, Künstler\*innen mit 1-000 Euro monatlich finanziell unter die Arme zu greifen. Doch nach wie vor fallen zu viele Kulturschaffende durch's Raster. Es braucht eine Lösung für alle Solo-Selbstständigen - unabhängig von der Mitgliedschaft in der Künstlersozialversicherung – wie in BaWü.



Weiter benötigt es schnelle Ausgleichslösungen für die von den Staatstheatern freigesetzten Künstler\*innen, eine finanzielle Absicherung der vielen Lehrbeauftragten an den Musik- und Kunsthochschulen sowie ein Ausstattungs- und Ankaufsprogramm des Freistaates für Kunst am Bau und Kunst in öffentlichen Gebäuden.

CSU und Freie Wähler lehnen das leider weiterhin ab. Das Kunstministerium muss immerhin meinem Druck nachgegeben und am 6. Mai erneut über die aktuell prekäre Lage der Kultur- und Kreativwirtschaft Bericht erstatten. Wir dürfen keine Zeit verlieren. Die Kunst- und Kreativwirtschaft braucht jetzt unsere Hilfe, wie Unternehmen, Arbeitnehmer, Kommunen und Familien. Dafür setzen sich die SPD-Fraktion und ich weiter ein.

Bleiben Sie gesund!

Ihr Volkmar Halbleib

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL  
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg  
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030  
buergerbuero-halbleib@t-online.de